

Ratsfraktion der Unabhängigen Wählergemeinschaft „Mehr Meerbusch“
40667 Meerbusch, Düsseldorfer Straße 81a Tel.: 0160-5366007, uwg-meerbusch@gmx.de



Meerbusch, 22.01.2017

An die
Bürgermeisterin
- über das Ratsbüro –
Postfach 1664

40667 Meerbusch

per Mail: beate.heidbreder@meerbusch.de

**Antrag bzw. Anfrage zur Sitzung des Ausschusses für Planung und
Liegenschaften am 14.02.2017**

Sehr geehrter Herr Damblon,

die Ratsfraktion Unabhängige Wählergemeinschaft Mehr-Meerbusch stellt folgenden

Antrag bzw. Anfrage:

Hat die Stadt Meerbusch die Bezirksregierung Düsseldorf aufgefordert,
Messstellen auf der Meerbuscher Straße zu errichten?

Wenn nein, wird dies hiermit beantragt.

Begründung:

Im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2017 hatte die UWG den Antrag gestellt, Finanzmittel in den Haushalt einzustellen.

Diese sollten zur Aufstellung von Messstellen an der Meerbuscher Straße, hier Bebauung, verwendet werden, um die Feinstaub- und Stickoxidbelastung zu messen. Nach dem Gutachten der Firma Peutz werden die EU-Grenzwerte von $40\mu\text{g}/\text{m}^3$ für Stickoxide schon an einigen Stellen des Geh- und Fahrradweges entlang der Meerbuscher Straße überschritten.

Das neue Wohngebiet auf dem früheren Gelände der Ostara ist noch nicht fertig gestellt und bezogen. Aufgrund des Rahmenplans Osterath Ivangsheide/Kamperweg sollen weitere Wohnungen für über 5.000 Neubürger geschaffen werden. Das interkommunale Gewerbegebiet und die künftige Bahnunterführung werden mehr Verkehr anziehen. Schließlich soll noch die K9n gebaut werden.

Der Technische Beigeordnete Assenmacher teilte mit, dass die Durchführung von Schadstoffmessungen nicht Aufgabe der Stadt Meerbusch sei, sondern der Bezirksregierung Düsseldorf.

Daraufhin einigte man sich darauf, dass keine Mittel in den Haushalt eingestellt werden sollten, die Stadt Meerbusch aber die Bezirksregierung Düsseldorf anschreiben sollte, mit der Aufforderung Messstellen an der Meerbuscher Straße zu errichten.

In der Vergangenheit wurde eine Messstelle von der Bezirksregierung errichtet, die schon fast außerhalb der Bebauung lag. Dort ergaben sich Werte über $39\mu\text{g}/\text{m}^3$. Der Grenzwert von $40\mu\text{g}/\text{m}^3$ wurde jedoch nicht überschritten.

Die Grenzüberschreitungen im Gutachten des Sachverständigenbüros Peutz ergaben sich dort, wo die Meerbuscher Straße beidseits bebaut ist. Die Bezirksregierung Düsseldorf sollte deshalb an den Punkten, wo das Gutachten Peutz zu Überschreitungen kommt, eigene Messungen vornehmen.

Im Übrigen soll nicht unerwähnt bleiben, dass das Gutachten Peutz von Grenzwerten für Dieselfahrzeuge ausgegangen ist, die nicht der Realität entsprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Heinrich P. Weyen
Ratsmitglied

Daniela Glasmacher
Ratsmitglied